

**Rede
von**

Frank Henning, MdL

zu TOP Nr. 2a

Aktuelle Stunde

**Haushaltsklausur zum Nachteil des Finanzministers
- Wieviel Substanz haben die Ausgabenversprechen
der SPD in Niedersachsen?**

Antrag der Fraktion der FDP – Drs. 18/3303

während der Plenarsitzung vom 27.03.2019
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

die FDP beantragt heute eine aktuelle Stunde mit dem kuriosen Titel
„Haushaltsklausur zum Nachteil des Finanzministers“.

Anrede,

ich schätze den Finanzminister sehr, deshalb würden wir natürlich nie etwas zum
Nachteil des Finanzministers beschließen.

Wer sich mit den Ergebnissen der SPD-Haushaltsklausur in Cuxhaven inhaltlich
befasst, wird sehr schnell sehen, dass wir als SPD-Fraktion in erster Linie
weitreichende und wichtige Beschlüsse zum Wohl der hart arbeitenden Menschen
in diesem Land beschlossen haben.

Von unseren Beschlüssen profitieren die Lehrerinnen und Lehrer. Es profitiert der
gesamte öffentliche Dienst mit seinen Landesbeamten und Angestellten. Und es
profitieren Alleinerziehende, Flüchtlinge, Rentnerinnen und Rentner sowie
Menschen mit geringen Einkommen in Niedersachsen, weil wir den sozialen
Wohnungsbau voranbringen wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP,

ich weiß nicht, womit Sie ein Problem haben, denn es wird nicht der
Finanzminister unter unseren Beschlüssen leiden, sondern die breite Masse der
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird von unseren Beschlüssen profitieren,
und das ist auch gut so. Doch bevor ich weiter inhaltlich auf unsere Beschlüsse
der Klausurtagung in Cuxhaven eingehe, möchte ich zunächst einmal den
zukünftigen Oberbürgermeister von Cuxhaven Uwe Santjer begrüßen, den ich
hier vorne in der ersten Reihe sitzen sehe.

Uwe, vielen Dank, dass du uns in deine Heimatstadt eingeladen und eine so tolle
Klausurtagung an der Nordsee ermöglichst hast. Die weitreichenden Beschlüsse

gehen damit namentlich auch auf deine Initiative zurück und ich bin mir sicher, die Cuxhavener werden das am 26. Mai zu honorieren wissen.

Ja, meine Damen und Herren, was haben wir im Einzelnen beschlossen?

Zunächst einmal in völliger Einigkeit mit unserem Koalitionspartner und mit unserem Finanzminister Reinhold Hilbers, dass der öffentliche Dienst gestärkt werden muss. Denn nur durch einen funktionierenden öffentlichen Dienst ermöglichen wir auch wirtschaftliches Handeln. Wir übernehmen das Tarifergebnis wirkungsgleich auf die Beamtinnen und Beamten und führen einen alten Grundsatz wieder ein, den die Gewerkschaften immer eingefordert haben, nämlich, dass die Besoldung dem Tarif folgt.

Der öffentliche Dienst und seine Beschäftigten, Beamtinnen und Beamten sind eine tragende Säule unserer Gesellschaft und für einen starken und sozialen Staat unverzichtbar. Die Arbeit von Beamtinnen und Beamten verdient eine hohe Anerkennung, und der öffentliche Dienst muss weiterhin ein attraktives Berufsziel bleiben. Diese Wertschätzung muss sich auch in der Besoldung widerspiegeln. Gerade mit Blick auf Nachbarbundesländer zeigt sich aber ein Ungleichgewicht hinsichtlich der Beamtenbesoldung.

Darüber hinaus wollen wir den Wiedereinstieg in Sonderzahlungen für die niedersächsischen Beamtinnen und Beamten. Dabei favorisieren wir Lösungen mit Festbeträgen. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, Sie waren es doch maßgeblich, die 2004 dafür gesorgt haben, dass den Beamtinnen und Beamten das Weihnachtsgeld gestrichen wurde. Deshalb sind Sie nun wirklich die Letzten, von denen wir uns belehren lassen müssen.

Wir werden einen Stufenplan entwickeln und sukzessive die Sonderzahlungen für die Beamtinnen und Beamten wieder einführen. Das hat auch etwas mit Wertschätzung für die geleistete Arbeit zu tun.

Aufgrund der sehr angespannten Situation wollen wir außerdem die Besoldung für die Grund-, Haupt- und Realschullehrkräfte anheben. Wie genau dieses

auszugestalten ist, werden wir vor dem Hintergrund der Steuerschätzung im Mai und in den Gesprächen mit unserem Koalitionspartner der CDU besprechen.

Ein weiteres Thema mit enormer sozialer Sprengkraft ist die Frage des bezahlbaren Wohnraums. In Niedersachsen konkurrieren Alleinerziehende, Flüchtlinge und Rentner, aber in zunehmendem Maße auch Verwaltungs-, Polizei- oder Finanzbeamte mit mittleren Einkommen um bezahlbaren Wohnraum. Das führt zu einem Konkurrenzkampf der Schwächsten dieser Gesellschaft, und das kann auf Dauer nicht gut gehen.

Jahrelang kannten die neoliberalen Kräfte in diesem Land, allen voran die FDP-Landtagsfraktion in Niedersachsen, politisch nur ein Credo: Markt vor Staat. Also wurden Wohnbaugesellschaften privatisiert, kamen öffentliche Grundstücke unter den Hammer und dem Markt wurde freie Bahn gelassen. Das Ergebnis: Bezahlbarer Wohnraum ist zum raren Luxusgut geworden. Vor allem in Niedersachsens Großstädten übersteigt die Nachfrage das Angebot. Die Mieten spotten deshalb jeder Beschreibung. Vor allem Neubauwohnungen sind für viele Einkommensgruppen kaum noch erschwinglich.

Wir begrüßen das Engagement des Bündnisses für bezahlbaren Wohnraum sehr und ich danke ausdrücklich unserem Wohnungsbauminister Olaf Lies, der sich in dieser Frage im Interesse der wohnungssuchenden Menschen in besonderem Maße stark gemacht hat.

Um dem bezahlbaren Wohnraum in Niedersachsen den erforderlichen Schub zu verleihen, bedarf es großer Anstrengungen. Bauminister Olaf Lies hat bereits vergangenes Jahr angekündigt, dass Niedersachsen sein Engagement im Bereich des bezahlbaren Wohnraums intensivieren und bis zum Jahr 2030 zusätzliche 40.000 Wohnungen schaffen wird.

Wir als SPD-Landtagsfraktion setzen uns für gesellschaftlichen Zusammenhalt ein und wollen ein deutliches Zeichen setzen. Wir erwarten, dass die Landesregierung von dem Jahresüberschuss 2018 einen nicht unerheblichen

dreistelligen Millionenbetrag für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellen wird.

Anrede,

diese Maßnahmen werden wir zusammen mit unserem Koalitionspartner besprechen, nicht zum Nachteil des Finanzministers, liebe FDP, sondern zum Vorteil der Menschen in diesem Land.

Vielen Dank.